

# Baden-Württemberger sind optimistisch

Stimmung verbessert sich / Kretschmann weiter beliebt

Die Stimmungslage in der Bevölkerung hat sich in den vergangenen Wochen deutlich verbessert. Seit die Infektionszahlen sinken, die Impfkampagne Fortschritte macht und die Rückkehr in ein weitgehend normales Leben greifbar erscheint, wächst der Optimismus in der Bevölkerung. Aktuell sehen 45 Prozent der Baden-Württemberger den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnungen entgegen, im Winter waren es 40 Prozent, im Spätherbst sogar nur 30 Prozent. Der Anteil derer, die der Zukunft mit Befürchtungen entgegenblicken, ist im gleichen Zeitraum von 25 auf 15 Prozent zurückgegangen, der Anteil der Skeptiker von 33 auf 27 Prozent.

den Fokus. So wird derzeit keiner anderen Aufgabe in Baden-Württemberg so viel Bedeutung beigemessen, wie der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum. 66 Prozent zählen es zu den wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung, für ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu sorgen.

Darüber hinaus messen die Bürger des Landes der Bekämpfung der Kriminalität, dem Umwelt- und Klimaschutz sowie der flächendeckenden Bereitstellung von schnellem Internet große Bedeutung zu. 52 Prozent halten die Kriminalitätsbekämpfung, 51 Prozent den Schutz von Umwelt und Klima, 46 Prozent die Versorgung mit schnellem Internet für besonders dringliche Aufgaben der neuen Regierung.

knapp jeder Dritte hätte sich lieber eine Ampelkoalition aus Grünen, SPD und FDP gewünscht. Jeder Dritte gibt zudem zu Protokoll, dass es ihm egal ist, wer die neue Regierung bildet. Besonders breite Unterstützung erfährt die grün-schwarze Regierung von den Anhängern der CDU. Von diesen begrüßen 72 Prozent die Fortsetzung der alten Koalition. Die Anhänger der Grünen sind in dieser Frage deutlich gespalten: 47 Prozent von ihnen befürworten die Koalition aus Grünen und CDU, 41 Prozent hätten sich lieber eine Koalition der Grünen mit SPD und FDP gewünscht.

Nach wie vor ist Winfried Kretschmann der mit Abstand bekannteste Landespolitiker Baden-Württembergs. Der Bekanntheitsgrad des Ministerpräsidenten liegt bei 92 Prozent. Mit weitem Abstand folgen zunächst jene Minister, die auch schon der vorherigen Landesregierung angehört haben: 58 Prozent haben schon mal von Innenminister Thomas Strobl gehört oder gelesen, 42 Prozent von Sozialminister Manfred Lucha und 36 Prozent von Winfried Hermann, weitere 32 Prozent von Peter Hauk. Nicole Hoffmeister-Kraut bringt es hingegen selbst nach fünf Jahren Amtszeit als Wirtschaftsministerin nur auf einen Bekanntheitsgrad von 21 Prozent; Theresia Bauer, die seit 2011 Wirtschaftsministerin des Landes Baden-Württemberg ist, bringt es sogar nur auf einen Bekanntheitsgrad von 15 Prozent. Sämtliche neuen Minister der im Mai gebildeten Landesregierung sind bislang nur Minderheiten der baden-württembergischen Bevölkerung bekannt. Danyal Bayaz kennen 13 Prozent der Bürger zumindest dem Namen nach, Theresa Schopper zehn Prozent, Thekla Walker acht Prozent und Nicole Razavi sowie Marion Gentges jeweils nur sieben Prozent.

## Gute Noten für Danyal Bayaz

Anders als die Bekanntheitswerte fallen die Popularitätswerte der Kabinettsmitglieder fast durchgängig positiv aus. Allerdings muss bei der Bewertung der Ergebnisse berücksichtigt werden, dass die Popularitätswerte immer nur bei denen ermittelt werden können, denen der jeweilige Politiker

## DIE POLITISCHEN PRIORITÄTEN DER BÜRGER NACH DER LANDTAGSWAHL

„Was sind in Ihren Augen die wichtigsten Aufgaben, um die sich die neue Regierung in Baden-Württemberg kümmern sollte?“

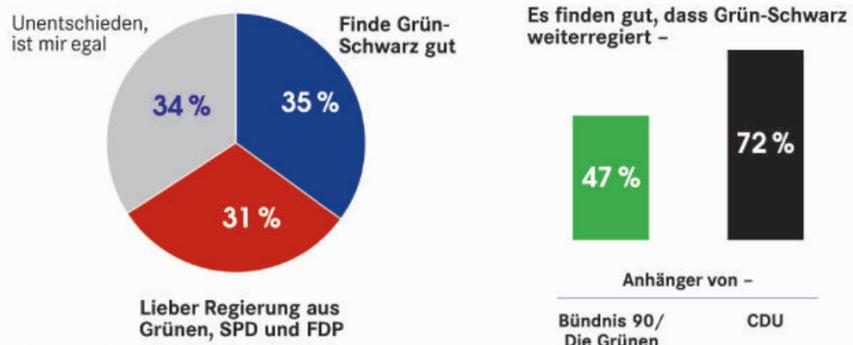
Für ausreichend bezahlbaren Wohnraum sorgen	66 %
Die Corona-Pandemie weiter bekämpfen	58
Die digitale Ausstattung von Schulen verbessern	53
Bekämpfung der Kriminalität, Schutz vor Verbrechen	52
Den Umwelt- und Klimaschutz fördern	51
Für flächendeckend schnelles Internet sorgen	46
Unternehmen und Selbständige, die von der Corona-Krise besonders betroffen sind, finanziell unterstützen	43
Das Straßen- und Schienennetz in Baden-Württemberg verbessern bzw. ausbauen	39
Eine verlässliche Kinderbetreuung sicherstellen	36
Für eine effiziente Verwaltung sorgen	27
Abbau von Schulden	22
Finanzielle Förderung von Sport und Vereinen	21
Unterstützung von Theatern, Museen und anderen kulturellen Einrichtungen	18
Die Autoindustrie dabei unterstützen, umweltfreundlichere und nachhaltigere Autos zu bauen	16

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6163/VI · © IFD-Allensbach/Infografik: dr

## AMBIVALENTES URTEIL ÜBER DIE FORTSETZUNG VON GRÜN-SCHWARZ

„Nach den Landtagswahlen im Frühjahr haben sich die Grünen ja dazu entschlossen, erneut mit der CDU eine Regierung zu bilden. Finden Sie es gut, dass Grün-Schwarz weiterregiert, oder hätten Sie lieber eine Regierung aus den Grünen, der SPD und der FDP gehabt?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6163/IV · © IFD Allensbach/Infografik: dr

überhaupt ein Begriff ist. Hier erhalten auch jene Politiker, die nur einen sehr geringen Bekanntheitsgrad haben, durchgängig positive Beurteilungen. So haben 72 Prozent derjenigen, denen Danyal Bayaz ein Begriff ist – und das sind nur 13 Prozent der Bevölkerung – vom neuen Finanzminister eine gute Meinung, lediglich 28 Prozent bewerten ihn kritisch. Zu dem exakt gleichen Ergebnis gelangt auch Kretschmann, den aber die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung kennt. Von den in der Bevölkerung bekannteren Ministern erhält Innenminister Strobl die

besten Noten: 59 Prozent derjenigen, die ihn kennen, stellen ihm ein positives Zeugnis aus.

## Geringe Erwartungen an neue Ministerin

Im neuen Landeskabinett stellt nicht mehr die CDU das Amt der Kultusministerin, sondern die Grünen. Allerdings sind die Erwartungshaltungen an die neue Ministerin gering. Ein Drittel der Bürger findet es gut, dass die Grünen das Kultusministerium von der CDU übernommen haben, nahezu ebenso viele finden das nicht gut. Ein hoher Anteil der Bürger traut sich kein Urteil zu. Noch drastischer fällt das Urteil in Bezug auf Sozialminister Lucha aus. Dass Manfred Lucha wie schon in der bisher-

gen Regierung auch im neuen Kabinett den Posten des Sozialministers innehat, interessiert drei Viertel aller Bürger nicht.

Im Wahlkampf war die Effizienz der Verwaltung ein zentrales Thema, und auch im neuen Koalitionsvertrag ist das Thema moderne Verwaltung prominent vertreten. Allerdings ist die Mehrheit der baden-württembergischen Bevölkerung skeptisch, ob es der grün-schwarzen Landesregierung tatsächlich gelingt, die Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung ausreichend voranzubringen. Lediglich 29 Prozent trauen dies der neuen Landesregierung zu, 40 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Erneut ist der Anteil der Bürger, die sich kein Urteil zutrauen, mit 31 Prozent vergleichsweise hoch. (BT)



Nach wie vor prägen die Corona-Pandemie und ihre Bekämpfung die politische Agenda der Bevölkerung. Aber mit sinkenden Infektionszahlen und steigendem Optimismus verlieren diese Themen etwas an Dringlichkeit. So rechnen aktuell 58 Prozent der Bevölkerung die Bekämpfung der Corona-Pandemie zu den wichtigsten Aufgaben, um die sich die neue Regierung kümmern muss, 43 Prozent auch die finanzielle Unterstützung von Unternehmen und Selbständigen, die von der Corona-Krise besonders betroffen sind. Als unverändert dringlich wird die Verbesserung der Digitalausstattung der Schulen eingestuft. Dies liegt auch darin begründet, dass sich hier aus Sicht der Bevölkerung bislang recht wenig verbessert hat und sinkende Infektionszahlen an der Dringlichkeit dieses Problems nichts ändern.

Nun rücken aber auch andere Themen wieder stärker in

## Aufgabe der Auto-Unternehmen

Am Ende der politischen Agenda steht die Forderung, die Autoindustrie dabei zu unterstützen, umweltfreundlichere und nachhaltigere Autos zu bauen. Lediglich 16 Prozent erkennen darin ein wichtiges Ziel der neuen Regierung. Die große Mehrheit der Bevölkerung sieht es primär als Aufgabe der Unternehmen an, dafür zu sorgen, dass die Automobilindustrie zukunftsfähig ist – nicht als Aufgabe des Staates. Aber auch die finanzielle Unterstützung von kulturellen Einrichtungen, von Sportvereinen und anderen Einrichtungen, die durch die Corona-Pandemie in Not geraten sind, zählt nach Auffassung weiter Teile der Bevölkerung nicht zu den wichtigsten politischen Aufgaben.

Die große Mehrheit der Bürger spricht sich gegen die Neuaufnahme von Schulden und für die Beibehaltung der Schuldenbremse aus. Wegen der Mehrausgaben zur Bekämpfung der Corona-Krise wurde die in der Landesverfassung verankerte Schuldenbremse zuletzt immer wieder infrage gestellt. 61 Prozent sehen jedoch keinen Anlass, die Schuldenbremse ganz generell infrage zu stellen und plädieren für deren Beibehaltung.

Die Fortführung der grün-schwarzen Landesregierung führt in der Bevölkerung zu geteilten Reaktionen. Nur gut jeder Dritte begrüßt die Fortsetzung des Regierungsbündnisses aus Grünen und CDU,



Die Bereithaltung von bezahlbarem Wohnraum halten viele für die wichtigste Aufgabe der Landespolitik. Foto: Sina Schuldt/dpa

## Zum Thema: BaWüCheck

### Neue Landesregierung im Fokus

Baden-Baden (BT) – Nach der Landtagswahl im März, aus der die Grünen erneut als stärkste Kraft hervorgegangen waren, haben sich die beiden bisherigen Regierungsparteien Grüne und CDU auf eine Fortsetzung ihres Regierungsbündnisses geeinigt. Die neue Regierung steht vor allem vor der Herausforderung, ihre ambitionierten Ziele, vor allem im Bereich des Klimaschutzes, trotz der angespannten Haushaltslage durchzusetzen. Die aktuelle Untersuchung des Baden-Württemberg-Monitors der baden-württembergischen Zei-

tungsverlage zieht eine erste Bilanz, wie die Bürger die neue grün-schwarze Landesregierung bewerten, wie bekannt und beliebt die neue Ministerriege ist und welche landespolitischen Aufgaben als besonders dringlich gesehen werden. Die Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach stützt sich auf 1.021 Online-Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der baden-württembergischen Bevölkerung ab 18 Jahre. Die Interviews wurden vom 30. Juni bis 7. Juli 2021 durchgeführt.